

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.  
Genuss Nr. 20.

Verlagsort: Leipzig 21004.  
Stroße Riesa Nr. 22.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.  
Nr. 90. Freitag, 19. April 1918, abends. 71. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Reichspostanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Tagesblattes sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für irgendwelche Nachweisungen und Vermittlungsgebühren 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Mängel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Betrieb der Druckerei, der Besetzung oder der Beförderungsbedingungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

### Bekanntmachung.

Verzeichnis der Sattler und der Brunnen- und Pumpenbauer, welche Leder auf Bezugskarte erhalten.

Um die Möglichkeit der sofortigen Ausführung kleiner sehr eiliger Ausbesserungen an Treibriemen und Ergänzungen an Pumpenmanschetten u. dgl. zu sichern, gibt die Riemen-Freigabe-Stelle einer Anzahl von Sattlern und von Brunnen- und Pumpenbauern gegen nachträgliche Abrechnung vierteljährlich je 5 kg Leder auf Bezugskarte frei.

Für den Bezirk der königlichen Amtshauptmannschaft Großenhain kommen folgende Brunnen- und Pumpenbauer in Frage:

Bähler, Karl, Gröba,  
Böhmig, Ernst, Glaubitz.

Im übrigen ist Material für Riemenausbesserungen ohne Bezugskarte aus dem nächsten Ausbesserungslager oder, wenn bei Lederriemen Stücke von mehr als 1,50 m erforderlich sind, gegen Bezugskarte der Riemen-Freigabe-Stelle bei den Herstellern des Verteilungsplanes zu beziehen. Im letzteren Falle sind Anträge (bei Landwirten unter Verwendung des vereinfachten Vordruckes Nr. 94) bei der R. F. St. in Berlin W 35, Potsdamer Straße 122 a-b zu stellen.

(Vgl. auch Nr. 9 der Mitteilungen vom 11. August 1917.)  
1001 a D L.

### Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung:

1. Vom Montag, den 22. laufenden Monats ab auf Abschnitt 15 der grauen Nahrungsmittelkarte 1 125 g Grütze, gelben " " 75 g roten " " 300 g Grieß, grünen " " 250 g
2. Vom Montag, den 29. laufenden Monats ab auf Abschnitt 16 der grauen Nahrungsmittelkarte 1 125 g Graupen oder Grütze, gelben " " 75 g roten " " 300 g Grieß, grünen " " 250 g

Der Preis beträgt für Graupen oder Grütze 36 Pf. für das Pfund, für Grieß 32

Die Verkaufsstellen haben die abgestempelten Abschnitte 15 und 16 der gelben Ngr.

### Hauptauskunft des Reichstages.

Berlin, den 18. April 1918.

Der Hauptauskunft des Reichstages heute seine Ansprache über die U-Boot-Fragen.

Abg. Erbsberger (Z.) bespricht die Stelle des Berichtes des Reichstages über die U-Boot-Fragen im Juli 1917 gegen die Behauptungen des U-Boot-Krieges notwendig zu werden gesucht habe, als einen Versuch des Matras, die öffentliche Meinung irrezuführen.

Staatssekretär v. Capelle: Der springende Punkt der gestrigen Ausführungen waren die wirtschaftlichen und innerpolitischen Folgen des U-Boot-Krieges während der nächsten Monate. Der Gesichtspunkt für England ist, wie auch die „Germania“ treffend schreibt, bereits eingetreten. Die Lage der Weltwirtschaft verhält sich von Tag zu Tag.

Der Staatssekretär ging sodann kurz auf die Berechnung der Weltwirtschaft eines Jahres ein, die im Sommer vorigen Jahres eine Rolle gespielt hat. Diese Berechnung weist gegenüber der Sommer-Berechnung des Admiralstabes eine Differenz von 9 Millionen Tonnen auf. Nach meiner Meinung ist die Berechnung des Admiralstabes richtig. Woher käme denn sonst die Frage nach dem U-Boot-Krieg, die man dort angesichts der vorliegenden Tatsachen nicht hinwegdisputieren kann? Der Admiralstab hat sich in seinen Berechnungen der jeweiligen Lage der Weltwirtschaft angepasst. Anfangs sorgte jeder der feindlichen Staaten für sich, später wurde gemeinschaftlicher Sommerbetrieb unter Englands Leitung eingerichtet. Der Staatssekretär gab die Berechnung des amerikanischen Schiffahrtswertes der Weltwirtschaft für Herbst 1917 wieder, nach der die Weltwirtschaft 33 Millionen Brutto-Registertonnen betrug, in der, als über See gehend, nur 21 Millionen Brutto-Registertonnen angeführt sind. Was tut aber gut, nicht zuviel auf all diese Berechnungen zu geben, sondern sich lieber an die tatsächliche Lage zu halten, die der Gesichtspunkt für die Weltwirtschaft ist.

Abg. Göttsche (Fortsch. Sp.) glaubt nicht, daß das Antreten Amerikas in den Krieg kriegsentscheidend wirkt, das Gegenteil scheint richtig zu sein. Durch die Ausführungen des Staatssekretärs über die Weltwirtschaft ist die Frage nicht viel klarer geworden. Niemand zweifelt, daß mit der Zeit der U-Boot-Krieg wirkt; aber zu optimistisch darf die Sache nicht genommen werden. Weber bespricht sodann die Erz- und Stahlfrage. Was notwendig ist, muß geschehen, um den Unterseebootbau zu fördern, damit das mit der Waffe in Aussicht genommene Ziel so bald wie möglich erreicht wird. Die Industrie hätte viel mehr leisten können, wenn sie mit Aufträgen bedacht worden wäre. Rahmgebende Anträge der Rüstungswirtschaft z. B. wurden 1918 noch abgelehnt. Weber äußerte sich weiter über die U-Boot-Boote und deren Verwendung.

Staatssekretär v. Capelle äußert sich größtenteils vertraulich zu der Frage der Vergütung von Aufträgen und deren Ausführung.

Abg. Klose (Soz.): Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß Deutschland sehr stark ist und wir zuversichtlich einen guten Ausgang des Krieges entgegensehen können. Nichtsdestoweniger hat der Reichstag Grund, an seiner Auffassung festzuhalten, den Krieg auf dem Wege der Verständigung zu beenden.

Nach einer vertraulichen Mitteilung des Staatssekretärs begrüßt

Abg. Dr. Kapp (Soz.) die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs, aus welchen hervorgeht, daß der U-Boot-Krieg kriegsentscheidend wirkt, daß in England sich die Wirkung deutlich abzeichnen läßt. Bisherige Berechnungen über Sommer sind unzulässig. Entschieden ist es, daß im nächsten Jahr keine

Summe gegen die Fortsetzung des U-Boot-Krieges erhoben hat. Das Ergebnis der Verhandlungen im Ausschuss ist ein Auspruch, mit äußerster Entschiedenheit an dem U-Boot-Krieg festzuhalten.

Abg. Dr. Stresemann (N.): Bedauerlicherweise wird den Redaktionen fremder Staatsmänner nicht sofort entgegengetreten, sondern erst wenn der Hauch des betreffenden Reichstages zur Unterstützung steht. Die Wirkungen des U-Boot-Krieges, wie sie von den englischen Rednern und Staatsmännern selbst geschildert werden, sollen in Form von Flugblättern dem deutschen Volke mitgeteilt werden. England hat uns da ein Beispiel gegeben, indem dort die Deutsche Botschaft in London von Abdrucken verbreitet worden ist. Das Bau von U-Booten nach Möglichkeit zu fördern, ist Pflicht der maßgebenden Stellen. Die übrigen Kriegsbefürworter und das heimische Wirtschaftleben können nicht unberücksichtigt bleiben, aber die militärischen Interessen müssen im Vordergrund stehen, denn es gilt vor allem, den Krieg zu gewinnen.

Staatssekretär v. Capelle: Der Vortrager hat leider das Räuschen verbreitet, daß ich mich beim Bau der U-Boote von Vorkriegsbedingungen hätte lassen lassen. In der Hand des Vorkriegs habe ich ja, daß ich im Gegenteil mich auf das Aufschreiben gegen eine derartige Unterstellung verweigere habe.

Abg. Hecht v. Camp (N.): Sämtliche kompetenten Marineoberbefehlshaber sind der Ansicht gewesen, daß im März 1918 der unangeführte U-Boot-Krieg hätte aufgenommen werden können. Wer die Verantwortung dafür trägt, daß das nicht geschehen ist, liegt darin. Weber bespricht dann die Anmerkungen und die Folgen des Eintritts der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg. Im Hinblick auch darauf muß der Bau großer U-Boote weiter gefördert werden.

Abg. Seebour (Soz.) wandte sich gegen die Feststellung, als ob sämtliche Abgründe sich für den unangeführten U-Boot-Krieg ausgesprochen hätten. Seine Forderung liege an dem Standpunkt, daß zwar der U-Boots-Handelskrieg im Hinblick auf das Seehandelsrecht und den Auslieferungsweg Englands gerechtfertigt ist, nicht aber der nichtschifflose U-Boot-Krieg.

Abg. Erbsberger (Soz.) bestreitet die Angabe des Abg. v. Camp, als ob 1916 sämtliche kompetenten Stellen des Reichs-Marineamtes den unangeführten U-Boot-Krieg für möglich gehalten hätten. Der U-Boots-Bau wurde seinerzeit unter v. Tirpitz vernachlässigt, erst auf Betreiben v. Bethmann Hollweg ist eine größere Zahl von U-Booten in Bestellung gegeben worden. Der U-Boots-Bau muß immer mehr gefördert werden, damit die U-Boot-Wirkung gegen England (in aller Schärfe geltend macht und wir in dieser Weise bauen die Führung haben.

Staatssekretär v. Capelle legte eingehend erneut den Wert und die U-Boot-Bestellungen dar.

Abg. Graf Westarp (Soz.) stellte fest: Mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie herrscht im Deutschen Reich volle Übereinstimmung, daß der U-Boots-Krieg unangeführt fortgesetzt werden muß, man sieht darin ein Mittel, um zum Frieden zu gelangen und England müde zu machen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über den Zeitpunkt, in dem der U-Boots-Krieg in Kraft treten sollte. Das Ergebnis der Aussprache ist, daß nach übereinstimmender Meinung die Wirkung der U-Boote mit äußerster Kraft fortgesetzt wird, ohne Rücksicht auf die Dauer des Krieges, 2. daß der U-Boots-Krieg mit allen Mitteln in aller Schärfe fortgeführt wird, daß auch — nach meiner Meinung — in dem Falle, daß England einem Waffenstillstand beantragt, eine Aufhebung der Bestände formale nicht als Gegenleistung angesehen werden.

Abg. Erbsberger (Z.) betonte, daß nunmehr sämtliche früheren Berechnungen des Admiralstabes über die Wirkungen des U-Boots-Krieges in den Papierfeld gemessen werden. Damit ist eine alte Streitfrage erledigt. Alles muß geschehen zur Förderung des U-Boots-Baus, damit wir bald zum Ziele und zum

Frieden kommen. Unser Verhalten im Falle eines angebotenen Waffenstillstandes wird von den Umständen und den Interessen der Gegner abhängen.

Staatssekretär v. Capelle erklärte, alles zur Förderung und Ausgestaltung der U-Boots-Bau zu wollen. Nächste Sitzung: Dienstag, 23. April: Kriegsteuergesetz, Haushalt des Reichstages.

### Deutscher Reichstag.

149. Sitzung vom Donnerstag, 18. April, nachm. 3 Uhr.

#### Die Reichspostverwaltung.

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Weber (N.) bespricht die Verhältnisse im Fernsprechnetz und fordert Veranlassung der Postbehörden. Die Schaffung von Beamtenausstellungen, zunächst rein zeitlicher Natur, ist anzustreben.

Abg. Niemöller (Soz.): Wegen der Postbehörden muß möglichst rasch eingeschritten werden. Postämter mit großer Arbeiterzahl müssen ausreichende Unterstützung erhalten. Die Arbeiter bei den Postbehörden auf dem Lande ist zu lang. Die Postverwaltung sollte wieder eingeführt werden.

Staatssekretär Müllin: Die Zahl der Postbeamten kann nicht ohne weiteres vermindert werden. Ideal wäre ein einziger Postbeamter. Die Verengung von Einzelverpflichtungen wird erzwungen. Die Fernsprechnetze sind durch Verengung und Verengung sehr belastet. Die Wünsche der Postbeamten sind möglichst berücksichtigt werden. Die Wünsche sind ständig gestiegen. Ihren Postarbeiten betonen weniger als ein Arbeiter besserer sozialer Bede.

Abg. Bruhn (Dsd. Fr.) bringt Wünsche einzelner Beamtengruppen vor. Alle Titelfragen ist die Zeit zu ernst. Abg. Hübner (N. Soz.): Von Titeln wird niemand fast. Reformen haben die Arbeitsfreudigkeit. Bei der Post herrscht große Mangelwirtschaft.

Abg. Klose (Soz.) führt Beschwerden über postalische Mängel in U-Boot-Verbindungen.

Staatssekretär Müllin: Die Postverwaltung für Telegraphenarbeiter ist längst in Aussicht genommen. Während des Krieges ist es aber nicht möglich, sie ins Leben zu rufen. Ein Unterschied zwischen höheren und Unterbeamten wird bei der Verstrahlung von Postbehörden nicht gemacht.

Abg. Dr. Quark (Soz.): Man sollte die Befragung der Frauen nicht von vornherein tief unter die der Männer stellen, obwohl sie vielfach genau dasselbe leisten. Die Frauen werden uns noch lange auch für die Uebergangswirtschaft notwendig sein.

Abg. Dr. Gugelmeier (natl.): Behinderungen des Post- und Telegraphenverkehrs könnten beseitigt werden. Den Mängeln in U-Boot-Verbindungen sollte Abhilfe geschafft werden.

Abg. Sittowich (F. W.): Die Arbeitsfreudigkeit der gehobenen Unterbeamten muß durch Erfüllung ihrer Wünsche gehoben werden. Die Postfreiheit der Fürsten sollte in einer Zeit, in der dem Volke andere gewaltige Opfer auferlegt werden, endlich verschwinden.

Die Abg. Behrens (D. F.) und Hedemann (natl.) bringen Wünsche verschiedener Beamtenkategorien sowie der Poststräße zur Sprache.

Staatssekretär Müllin spricht die Wertschätzung der Postverwaltung für die Frauenarbeit aus und geht kurz auf die Bemerkungen der Vorredner ein. Hierauf wird der Titel I, Gehalt des Staatssekretärs, sowie der Entwurf einer fünften Ergänzung des Besol-